

## BERLINS KRANKENHAUS-KOMBINAT

# Vivantes am Tropf

Vor zwei Jahren verkündeten der Finanzsenator Thilo Sarrazin und die Gesundheitssektorin Heidi Knake-Werner ein Strukturkonzept zur Stabilisierung des landeseigenen Krankenhausunternehmens „Vivantes“.

Erstes Ziel waren stabile Fallzahlen. Dafür wurde das medizinische Versorgungsangebot in den neun Kliniken umorganisiert und fachspezifische Schwerpunktkliniken gebildet. Doch die Fallzahlen sanken in fast allen Kliniken. Das Konzept war nicht ausgereift. Die Berlinerinnen und Berliner nutzten zu Recht die Angebote anderer Kliniken in ihrer Wohnnähe und stimmten damit „mit den Füßen“ gegen die zu starke Zentralisierung. Die Folge war ein Ertragsausfall von etwa 20 Mio. Euro.

Zweitens wurde eine Tochtergesellschaft für Rehabilitationsleistungen gegründet. Dies geschah gegen die jahrelange Vereinbarung mit dem Bundesland Brandenburg, nach der die Hochleistungsmedizin in der Region in Berlin erbracht wird, Reha-Leistungen dafür jedoch im Land Brandenburg angeboten werden. Wie erwartet ging auch dieses Konzept nicht auf. Einnahmeausfälle von 3 Mio. Euro und unwirtschaftliche Investitionen von 1 Mio. Euro war das Ergebnis für 2003.

Ein dritte Säule des Konzepts

wurde die Schaffung eines zentralen Einkaufs. Grundsätzlich richtig, jedoch aus dem Größenwahn heraus entglitten. Für 90 Mio. Euro sollte zentral eingekauft werden. Die Ersparnis kam jedoch nicht. 5 Mio. Euro zusätzliches Defizit. Diese Palette lässt sich leider



in vielen Details weiterführen. Insgesamt belief sich das Defizit auf mehr als 30 Mio. Euro im Jahr 2003. Viele Klinikbetreiber boten daraufhin unserer Stadt Berlin ihre Unterstützung an. Die Rhön-Kliniken sicherten dem Finanzsenator schriftlich 200 Millionen Euro Investitionen zu. Andere Betreiber wie die Helios Kliniken zogen nach. Doch erneut präsentiert der Senat nur ein ähnlich lautendes Sanierungskonzept. Mit dem pikanten Zusatz, dass dies nun von der Beratungsgesellschaft McKinsey begleitet wird und die bisher entstandenen Schulden

von 230 Millionen Euro vom Steuerzahler übernommen werden. Die geschätzten Kosten für die Beratungsfirma liegen weit über dem Gehalt der drei Geschäftsführer von 1,5 Millionen Euro. Diese übernimmt damit bis zum Jahr 2008 einen großen Teil der weiterhin beschäftigten Füh-

rung des Unternehmens.

Die CDU hat wiederholt den Senat aufgefordert ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen und alle Bieter der Bundesrepublik für ein Engagement in der Hauptstadt aufzufordern. Mehr als fünf Bewerber haben dies aufgegriffen. Doch der Senat hat den Gesundheitskombinat ins Herz geschlossen. Er nimmt damit in Kauf, dass sich die Versorgung der Berliner Patienten zunehmend verschlechtert. Die Amnesie des Senats wird damit zu einer lebensbedrohlichen Situation für alle Berliner. *Von Mario Czaja*

## HAUSHALT VON MARZAHN-HELLERSDORF

# Teurer Treppenwitz

Die Schuldenpolitik in Marzahn-Hellersdorf ist vom CDU-Finanzexperten Alexander Kaczmarek scharf kritisiert worden. „Während Problembezirke wie Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg oder Tempelhof-Schöneberg einen harten Sparkurs verfolgen und 2003 sogar Überschüsse erwirtschaftet haben, häuft PDS-Bezirksbürgermeister Uwe Klett seit Jahren Defizite an“, stellt Kaczmarek fest. Im vergangenen

Jahr seien es mehr als elf Millionen Euro gewesen. Seit Jahren überziehe der Bezirk die vom Parlament vorgegebenen Budgets. Das jetzt von der rot-roten Koalition für Marzahn-Hellersdorf beschlossene Konsolidierungskonzept sei nicht einmal das Papier wert, auf dem es stehe, sagte der CDU Haushalts-Experte. Er forderte, bei Nichteinhaltung der Vorgaben künftig gegen die Verantwortlichen Disziplinar-

maßnahmen einzuleiten. Zwar habe Klett seinen Haushalt virtuell modifizieren und zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Senatsfinanzverwaltung die Finanzdaten des Bezirks zeitnah ansieht, betonte Kaczmarek. Doch als Gegenleistung seien dem Bezirk großzügig 2,5 Millionen € für das Freizeitforum Marzahn zugestanden worden. Das könne nur als „Treppenwitz“ bezeichnet werden.

## VERHEERENDE FINANZPOLITIK

# Nachtragshaushalt nötig

Die kürzlich aktualisierte Steuerschätzung hielt für Berlin nur deshalb weniger Schrecken bereit, weil die späte Haushaltsaufstellung finanzielle Ausfälle für die öffentliche Hand noch berücksichtigen konnte. Doch nun ergeben sich im Zuge der Hartz IV-Gesetzgebung (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) nach Angaben des Senats Mehrausgaben in Höhe von voraussichtlich rund 200 Mio. € für den Doppelhaushalt 2004/05.

Damit wird die Aufstellung eines Nachtragshaushalts für das Haushaltsjahr 2005 unumgänglich. Haushaltswahrheit und -klarheit verlangen es so. Mit den Vorbereitungen für die Aufstellung eines Entwurfs muss deshalb spätestens nach der parlamentarischen Sommerpause 2004 begonnen werden. Die größten Änderungspositionen werden sein: die aktuelle Steuerschätzung für das Haushaltsjahr 2005 (minus 80 Mio. €), die finanziellen Mehrbelastungen durch Hartz IV (minus 200 Mio. €), die wirtschafts- und damit



Foto: Reilze

auch finanzpolitischen Rückwirkungen durch den Nachfragerückgang um 300 Mio. € sowie eine gewaltige Umverteilung von Haushaltsmitteln in mindestens dreistelliger Millionenhöhe durch Zuständigkeitsverlagerungen und daraus folgende organisatorische Veränderungen.

Zusätzlich sind weitere Ausgaben, z.B. zur Topographie des Terrors, zu berücksichtigen und die Korrektur vor-sätzlicher Fehlplanungen, etwa durch die Belastungen aus der Risikoabschirmung Bankgesellschaft in Höhe von ca. 150 Mio. €, mit einzubeziehen. Abschließend bleibt festzustellen: Das Chaos des rot-roten Senats bei der Finanzpolitik ist verheerend und schadet nachhaltig der gesamten Stadt.

*Von Nicolas Zimmer*

## MIT ZUM TEMPELHOF-JUBILÄUM

# Glückwunsch oder Beileid?

In einem Offenen Brief an die Berliner Flughafen Gesellschaft (BFG) hat die Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU Berlin an die Geschichte und Gegenwart des Flughafens Tempelhof erinnert.

Die MIT erinnert daran, dass 1924 die BFG gegründet wurde, weil die Politik damals Sorge hatte, dass Leipzig mit seinem Flughafen der Hauptstadt Berlin den Rang ablaufen könnte. Die Gefahr bestünde, so die Mittelstandsvertreter, heute nach der Schließungsgenehmigung für Tempelhof mehr denn je Tempelhof sei auch heute

nicht nur ein wichtiges Stück Berliner Identität, etwa aus Zeiten der Luftbrücke. Wenn Tempelhof geschlossen würde, vollziehe sich vielmehr eine gigantische Vermögensvernichtung. Enorme Schließungskosten von jährlich weiter 15 – 20 Mio. Euro für den Unterhalt drohen. Die BFG betreibe den Ruin des Flughafens, indem sie sich weigert, Räume zu vermieten und die gewinnbringenden Angebote von Fluggesellschaften ausschlägt. Systematisch würden Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet und jahrelang ansässige Unternehmen aus der Stadt gejagt. (dr)